

# Inhalt

- 5 Landrat  
Prof. Dr. Christian Dusch Editorial

## Höhepunkte des vergangenen Jahres

- 6 Christiane Krause-Dimmock Highlights 2024  
Das Jahr im Rückblick

## Aktuelles

- 24 Jürgen Pfetzer Dorfheizung Unzhurst  
... ein innovatives Nahwärmeprojekt der Gemeinde Ottersweier
- 32 Christopher Mahn Der Babyslottedienst im Landkreis Rastatt
- 36 Anne-Rose Gangl Patrice Harster –  
Ein Kämpfer und Visionär für Europas Zukunft

## Jugendkultur und Schule

- 46 Walburga Langen-Droll Die Josef-Durler-Schule – Bildung für nachhaltige Entwicklung

## Kunst im Landkreis

- 62 Martina Holbein Der Rastatter Maler Jürgen Pfeifer – „Ich wollte mich nie verbiegen“

## Zur Geschichte Mittelbadens

- 84 Lukas Knörr Die Rohrhirschmühle Altschweier als Spiegel dörflichen Lebens
- 94 Patrick Götz Ein Gedenkstein im Bühlertaler Wald erinnert an den Absturz von  
zwei rumänischen Bobweltmeistern am Neujahrstag 1935
- 104 Clemens Rehm Im Schatten der Revolution – Elchesheim im Sommer 1849
- 112 Wolfgang Herzog Die Entstehungsgeschichte der Waldkolonien  
Herrenwies und Hundsbach
- 128 Adalbert Metzinger NSDAP-Kreisleiter Heinrich Dieffenbacher (1937 – 1945)  
Versuch einer Biografie

- 142** Johannes Werner      Eine vergessene Vergangenheit  
Die ‚Ehrentafel‘ im Ludwig-Wilhelm-Gymnasium in Rastatt

## **Wirtschaft und Industriekultur**

- 150** Anja Groß      Die „Tortenfrau“ aus Durmersheim – Tortendesignerin Melanie Hatz von „Lanies Cakery“ setzt Kundenwünsche in leckere Kunstwerke um
- 158** Ralf Joachim Kraft      Ein Schritt in die nachhaltige Zukunft – Mercedes-Benz schließt Batterie-Kreislauf mit eigener Recyclingfabrik in Kuppenheim
- 168** Marcel Kisch      Von Lichtenau in den Weltraum und wieder zurück:  
Start-up-Unternehmen ATMOS Space Cargo will die europäische Raumfahrt voranbringen

## **Menschen im Landkreis**

- 178** Sarah Deck      In zwei Welten – Die Gaggenauer jugoslawischen Vereine der 1970er und 1980er Jahre
- 188** Peter Putzing      Die letzten Uhrmacher in Gernsbach – Markus und Lena Schleicher führen einen Familienbetrieb in die Zukunft

## **Natur und Umwelt**

- 196** Volker Späth      Die Rheinauen im Landkreis Rastatt – Eine wichtige Lebensader der Natur
- 204** Kerstin Brückner      Starkregenrisikomanagement im Landkreis Rastatt und im Stadtkreis Baden-Baden

## **Jubiläen**

- 216** Elisabeth Thalhofer      50 Jahre Revolutionsmuseum im Residenzschloss Rastatt
- 230** Martin Walter      150 Jahre Kreispflegeheim Hub – Die Entstehung der Einrichtung 1874

## **Bücherecke**

- 242** Daniel Merkel      Bücherecke im Heimatbuch

## **Anhang**

- 254** Verzeichnis der Autorinnen und Autoren
- 256** Inhaltsverzeichnis der Bände 2022 bis 2024

# Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

seit nunmehr 64 Jahren erscheint das Heimatbuch des Landkreises Rastatt. Jahr für Jahr und prall gefüllt mit spannenden Beiträgen von und über Menschen, die hier leben und arbeiten, aber auch zu unserem Landkreis selbst, seiner Geschichte, seiner Gegenwart und seiner Kultur.

Für mich selbst ist es immer wieder erstaunlich und faszinierend, wie vielfältig unser Landkreis ist. Insofern kann man unser Heimatbuch auch als eine Art Liebeserklärung an unsere Region in Mittelbaden betrachten.

Dabei bieten wir als Region nicht nur viel Traditionelles, sondern hier werden innovative Ideen neu gedacht und vor allem auch umgesetzt. Erinnern möchte ich an dieser Stelle an die Batterie-Recyclingfabrik in Kuppenheim oder die wegweisenden Entwicklungen der ATMOS Space Cargo in Lichtenau.

Bedanken darf ich mich beim Kreistag, der die Herausgabe unserer Buchreihe auch in diesem Jahr wieder unterstützt hat.

Mein Dank schließt alle ein, die zur Entstehung dieses Bandes beigetragen haben: das engagierte Autoren-Team, Kreisarchivar Martin Walter als verantwortlichen Redakteur sowie die Mitglieder der Redaktionskonferenz.

Vor allen Dingen danke ich unseren Leserinnen und Lesern für das Interesse und wünsche Ihnen viel Freude bei der Lektüre.



Prof. Dr. Christian Dusch  
Landrat



4

5

# Highlights 2024

## Das Jahr im Rückblick

Christiane Krause-Dimmock



## Der Kreistag steht vor großen Herausforderungen

Für den Kreistag stehen von 2024 bis 2029 große Themen an, insbesondere der Bau des neuen Zentralklinikums und die stetig wachsenden Anforderungen an die Verwaltung.

Doch eine Panne sorgte bei den Wahlen für Verzögerungen. Nach dem Urnengang waren es 22 eingereichte Wahlwidersprüche, die das Regierungspräsidium (RP) auf den Plan riefen.

Nur wenige Tage nach der Kreistagswahl am 9. Juni 2024 kam von dort die Nachricht, dass in Teilen der Stadt Rastatt die Wahl wiederholt werden müsse. In allen fünf Stadtteilen ging es erneut an die Urne. Die Vertreterinnen und Vertreter des Kreistags, des Rastatter Gemeinderats und die jeweiligen Ortschaftsräte mussten neu gewählt werden. Und das möglichst schnell, so hatte das RP wissen lassen. Das stand im ureigenen Interesse des Landkreises. Denn der war quasi gelähmt in seinen politischen Entscheidungen. Der Kreistag legt die Grundsätze für die Verwaltung fest und entscheidet über zahlreiche Angelegenheiten der Aufgabenerfüllung des Landkreises, beispielsweise in den Bereichen Natur- und Umweltschutz, Gesundheitsvorsorge, Wirtschaftsförderung, Sozial- und Jugendhilfe, Bildung, Schulen und Kultur, Hoch- und Tiefbau, Abfallwirtschaft, Öffentlicher Personennahverkehr, Finanzwesen und vieles mehr.

Das Regierungspräsidium begründete seine Entscheidung für eine teilweise Wahlwiederholung damit, dass rund 1.000 beantragte Briefwahlunterlagen in den Ortsteilen nicht bearbeitet worden seien. „Mindestens 315 dieser Antragsteller erschienen am Wahltag in den Wahllokalen der Ortschaften und wurden dort aufgrund des zu Unrecht eingetragenen W-Vermerks konsequenterweise nicht zur Stimmabgabe zugelassen“, heißt es in der Begründung. Ein W-Vermerk wird im Wählerverzeichnis eingetragen, wenn die betreffende Person Briefwahl beantragt hat, um eine doppelte Stimmabgabe zu verhindern.

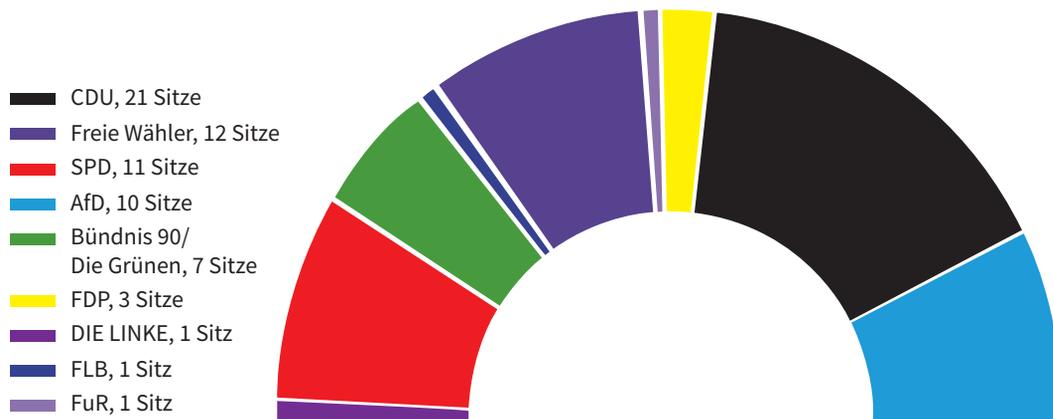
6

7



Die Mitglieder des Kreistags 2024 – 2029.

Foto: Frank Vetter



Zusammensetzung und Sitzverteilung des Kreistags nach der Wahl am 9. Juni und der Teilwiederholungswahl am 20. Oktober.

Foto: Landratsamt

Am Ende stand fest, dass die CDU die deutliche Gewinnerin der Kreistagswahl wurde. Sie baute ihre bislang 18 Mandate auf 21 aus. Zweitstärkste Kraft bleiben die Freien Wähler (FW), wenngleich sie nurmehr zwölf statt bislang 13 Mandate erringen konnten.

Von fünf auf zehn Mandate wuchs die AfD. Hinzugewonnen hat auch die SPD. Sie steigerte ihren Zuspruch bei den Wählern von zehn auf elf Mandate und konnte außerdem mit der Rastatter Oberbürgermeisterin Monika Müller punkten, die aus ihren Reihen stammt und die mit 11.379 mit Abstand die meisten Stimmen bekam. Die Grünen fuhren Verluste ein (sieben statt bislang zehn Sitze), während die FDP ihre bisherigen drei Sitze behielt. Je einen Sitz hatten und errangen wiederum die FuR und die Linke. Neu vertreten mit einem Mandat ist die FLB (Freie Liste Bühl).

Das Anwachsen des Kreistags erklärt sich durch Ausgleichsmandate. So wurden aus den 61 Sitzen nunmehr 67.

Beeindruckend ist die Anzahl der amtierenden oder ehemaligen Bürgermeister. Sie ist groß wie nie. 28 Kreisräte sind amtierende oder ehemalige Rathaus-Chefs oder Dezernenten.

Aus Sicht von Landrat Prof. Dr. Christian Dusch (CDU) bildet das Ergebnis ungefähr den bereits in der Europawahl erkennbaren Trend ab. „Es dokumentiert aber auch die für eine Kommunalwahl spezifischen Aspekte, insbesondere bei der Stärke der Freien Wähler. Ich werde als Landrat an dem bereits bisher praktizierten Vertrauensverhältnis mit den Fraktionen anknüpfen und freue mich auf eine weiterhin gute Zusammenarbeit“, sagte der Landkreis-Chef.

## Zentralklinikum nimmt Gestalt an

Schritt für Schritt wurde am Konzept gearbeitet. Am Ende gab es ein klares Votum des Rastatter Kreistags und des Baden-Badener Gemeinderats für ein neues Zentralklinikum am Münchfeldsee.

Zuvor hatte man sich Rückendeckung in Stuttgart geholt. Oberbürgermeisterin Monika Müller (Rastatt), Oberbürgermeister Dietmar Späth (Baden-Baden) und Landrat Prof. Dr. Christian Dusch (Landkreis Rastatt) hatten sich im März zu einem Gespräch mit dem Amtschef des Innenministeriums, Ministerialdirektor Reiner Moser, getroffen, um die Voraussetzungen abzuklopfen. Dabei zeigte sich, dass dem von Baden-Baden gewünschten Gemarkungstausch in Sachen Geburtsklinik offenbar nichts entgegensteht.

Weitere wichtige Fragestellungen wurden mit Sozialminister Manne Lucha und Verkehrsminister Winfried Hermann erörtert. Es geht bei dem ehrgeizigen Projekt, so betonte Lucha, um die medizinische Versorgung von 285.000 Menschen in Mittelbaden. Folglich war auch die Verkehrsanbindung des Klinikums am Standort Münchfeldsee ein wichtiges Thema.

„Die Anbindung über die Querspange ist grundsätzlich möglich,“ erklärte Verkehrsminister Hermann. Er betonte, dass es auf die bestmögliche Anbindung des Klinikums an das Straßennetz ankomme. „Darüber hinaus ist die Anbindung an den Schienenpersonennahverkehr und den ÖPNV nötig und zukunftsweisend. Auch dabei werden wir die Ampeln auf Grün stellen“, versprach der Verkehrsminister.

„Ich bin froh, dass die beiden Minister so deutlich die Unterstützung unseres Klinikneubaus durch das Land zum Ausdruck gebracht haben. Das gibt uns eine gute Grundlage für die weiteren Gespräche mit den Behörden“, hatte Landrat Prof. Dr. Christian Dusch im Nachgang erklärt. Die Fahrt nach Stuttgart habe sich doppelt gelohnt. Doch dürfe man den Bürger dabei nicht außen vorlassen. „Bei der Anbindung des Klinikums müssen wir die Belange der Anwohner berücksichtigen und auch die Leistungsfähigkeit der Querspange im Auge behalten“, unterstrich Müller.

Oberbürgermeister Späth zeigte sich nach dem Gespräch zuversichtlich, dass durch die Unterstützung des Landes das Projekt auf einem guten Weg sei. „Die Unterstützung des Neubaus und die durch die Aufnahme in das Jahreskrankenhausbauprogramm 2024 in Aussicht gestellte finanzielle Unterstützung unserer Investitionen in die Bestandsgebäude sind wichtige Entscheidungen, die die finanzielle Last der Gesellschafter mindern“, so Späth.

Mehr Details für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Baden-Baden und des Landkreises Rastatt über das geplante Zen-



Im Gespräch: Landrat Prof. Dr. Christian Dusch (links) und die Rathauspitzen von Rastatt und Baden-Baden, Monika Müller und Dietmar Späth (rechts), mit Minister Winfried Hermann (2. von links) und Minister Manne Lucha (Mitte).

Foto: Sozialministerium

Informations-  
kampagne „KMB  
on Tour“ zum Klinik-  
neubau, hier in  
Gaggenau.  
Foto: Benjamin  
Wedewart



tralklinikum am Rastatter Münchfeldsee gab es im Herbst an vier Informationsabenden unter dem Motto „KMB on Tour“ in der Gaggenauer Jahnhalle, der Reithalle Rastatt, im Bürgerhaus Neuer Markt Bühl und im Kongresshaus Baden-Baden.

Das Gelände am Münchfeldsee ist offenbar gut geeignet, so hatte es sich bereits im Geotechnischen Bericht gezeigt. Die Untersuchungen hatten ergeben, dass das Areal gute Eigenschaften als Baugrund für das geplante Klinikum bietet. Um dies festzustellen, waren im März 2024 an rund 15 Stellen auf dem mehrere Fußballfelder umfassenden Grundstück Untersuchungen vorgenommen worden. Diese positiven Ergebnisse dienen als Basis für Tragfähigkeits- und Setzungsberechnungen und beinhalten neben der guten Tragfähigkeit auch die Belastungsfreiheit. Voruntersuchungen der Boden- und Wasserproben ergaben keine Einschränkungen, bis auf die in Mittelbaden typischen PFAS-Belastungen. Obendrein gab es keine Verdachtsmomente auf vorhandene Kampfmittel. Aufgrund der hydrogeologischen und hydrochemischen Eigenschaften eignet sich der Untergrund für die geothermische Nutzung des Grundwassers.

Unter diesen Umständen stimmte der Rastatter Kreistag am 26. November 2024 mit einem klaren Ja und nur einer Gegenstimme für das geplante Zentralklinikum am Münchfeldsee in Rastatt. Auch die Baden-Badener Gemeinderatskolleginnen und -kollegen fällten quasi parallel einen ebenfalls positiven Beschluss.

Der Kreistag hatte sich schon früh für diese Lösung stark gemacht. Dass der Neubau erforderlich ist, wurde von dem Gremium bereits im Februar 2021 beschlossen. Im Juni 2022 war der Kreistag der Empfehlung eines Standorts am Münchfeldsee gefolgt. Auch kam es zur Zustimmung zu den Bedingungen der Kurstadt. Dazu gehörte etwa die Senkung des Gesellschafteranteils Baden-Badens, die Bereitschaft, dem neuen Klinikum den Namenszusatz „Baden-Baden – Rastatt“ zu geben sowie der gewünschte Gemarkungstausch, um auch weiterhin eine Baden-Badener Geburtsstation zu behalten.

Landrat Prof. Dr. Christian Dusch begrüßte die Entscheidung und sprach von einem guten Interessenausgleich, den man gefunden habe. Nun sollen möglichst schnell Taten für die Entstehung des 666-Betten-Hauses folgen, für dessen Bau rund 680 Millionen Euro aufgewendet werden sollen.

## Hüter von Schwarzwald, Rhein und Reben feiert Jubiläum

Der Landkreis lockt mit hohen Bergen, bizarren Tälern, weiten Landschaften und reichlich Weinanbau. Die Natur meint es gut mit den Menschen in Mittelbaden. Damit das so bleibt, dass Täler nicht zuwuchern und Biotope gepflegt werden, sorgt der Landschaftserhaltungsverband für Ordnung. Und das seit inzwischen bereits zehn Jahren.

Keine ganz leichte Aufgabe für den zwölfköpfigen Vorstand, dem die Fachbereiche Naturschutz, Landwirtschaft und Kommune angehören: Die Fläche, die man hier intensiv im Auge behält, beläuft sich auf stolze 738 Quadratkilometer.

Vorsitzender des Landschaftserhaltungsverbands, dem alle 23 Städte und Gemeinden des Landkreises sowie Verbände aus dem Bereich des Naturschutzes und der Landwirtschaft angehören, ist der jeweils amtierende Landrat. Derzeit also Prof. Dr. Christian Dusch. Er weiß, wie wichtig diese Institution ist. Sie sei als zentrale Ansprechstelle unverzichtbar, betonte der Landrat bei der Jubiläumssitzung.

„Gestartet sind wir zunächst mit zwei Stellen, ab dem Jahr 2021 kam noch die Stelle des Biotopverbundbotschafters hinzu“, berichtete Geschäftsführerin Diana Fritz obendrein von einer Förderung vom Land. Dieser monetär wirksame Zuspruch unterstreicht zweifellos, wie hoch die Arbeit und die Aufgaben des Verbands eingeschätzt werden. Denn es gilt die einzigartigen, vielfältigen und artenreichen Lebensräume wie Magerrasen, Mähwiesen, Borstgrasrasen und Nasswiesen im Schwarzwald, in der Vorbergzone und in der Rheinebene mit Kinzig-Murg-Rinne, der Hardt, dem Tiefgestade, die neben dem Acker- und Weinbau die Kulturlandschaft ausmachen, auch für die nachfolgenden Generationen zu erhalten.

So werden Biotope und Artenschutzflächen gepflegt, aber auch gezielt angelegt, damit sich beispielsweise Wildbienen und Heuschrecken, nicht aber invasive Arten wie etwa der Kalikokrebs im Landkreis wohlfühlen.



Klassische Landschaft im Murgtal: Die Heuhütten im Ebbetal bei Bermersbach.

Foto: Ruth Hertweck

10

11

## Mit der SocialCard die Nase vorn

Auch wenn es nur eine Zwischenlösung bis zur Einführung der bundesweiten Bezahlkarte für Geflüchtete im Jahr 2025 sein sollte, hatten die Verantwortlichen im Landratsamt mit der Schaffung der SocialCard die Nase ganz weit vorne. Als einer der ersten Landkreise in Baden-Württemberg hat Rastatt dafür gesorgt, dass dem berechtigten Personenkreis Geld nach dem Asylbewerberleistungsgesetz auf eine guthabenbasierte Visa-Debitkarte angewiesen wurde.

Zuvor war eine entsprechende gesetzliche Vorlage in Kraft getreten. Wie das Thema Zahlkarte in der Praxis umzusetzen ist, hatte man dabei allerdings in die Hand der Länder gelegt. In einem ersten Schritt haben sich diese infolge unter Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände auf bundeseinheitliche Mindeststandards für die Bezahlkarte verständigt und ein Ausschreibungsverfahren zur Einführung gestartet.

Die Idee kam im Landkreis so gut an, dass bereits bei den Haushaltsberatungen 2024 von einzelnen Fraktionen im Kreistag die zeitnahe Einführung einer SocialCard analog dem Ortenaukreis gefordert wurde. Und dann ging alles sehr schnell. Das Amt für Soziales, Teilhabe und Versorgung sowie das Amt für Finanzen und Gebäudewirtschaft klärten daraufhin die Rahmenbedingungen und Funktionsweise der Karte. Fast postwendend, zum 1. Mai 2024, wurde im Landkreis die SocialCard ausgegeben.

Mit ihr konnten die Geflüchteten bargeldlose Einkäufe im Einzelhandel sowie Bargeldabhebungen am Geldautomaten oder bei teilnehmenden Einzelhändlern tätigen.

Vorteil dieser raschen Lösung war nicht allein, dass die laufenden Leistungen direkt überwiesen wurden. Auf diese Weise ließ sich nämlich auch der Verwaltungsaufwand und das Besucheraufkommen in der Landkreisverwaltung reduzieren. Dadurch wurden das Amt für Soziales, Teilhabe und Versorgung entlastet, ebenso die Kreiskasse. Außerdem entfiel die Auszahlung der Leistungen für die Bewohner der Gemeinschaftsunterkünfte durch einen externen Dienstleister.

Landrat Prof. Dr.  
Christian Dusch  
präsentiert die  
SocialCard für  
Flüchtlinge.  
*Foto: Benjamin  
Wedewart*



## Gewaltprävention im Öffentlichen Dienst

Der Ton wird rauer. Zu spüren bekommen dies längst auch die Menschen, die sich eigentlich der Hilfe und Unterstützung ihrer Nächsten verschrieben haben und im Dienst für die Bürgerinnen und Bürger stehen. Immer wieder sehen sich Beschäftigte im Öffentlichen Dienst Gewaltsituationen ausgesetzt. Ob in der Beratung, bei Kontrollgängen oder im persönlichen Gespräch – der respektvolle Umgang scheint oft nicht mehr selbstverständlich.

Dass der Schutz und die Gesundheit der Menschen, die in Verwaltungen, bei der Polizei, Feuerwehr, im Krankenhaus und in anderen öffentlichen Bereichen arbeiten, an erster Stelle stehen muss, darin waren sich die Podiumsteilnehmer einig, die in Stuttgart bei einer Fachtagung mit Vertretern aus Politik, kommunalen Spitzenverbänden, Wissenschaft und der Unfallkasse Baden-Württemberg (UKBW) unter anderem darüber diskutierten, was Arbeitgeber tun können, um ihre Bediensteten zu schützen. Hier konnte der Landkreis Rastatt mit seinem Arbeitsschutzkonzept „Null Toleranz bei Gewalt“ punkten, denn hier wird ein klares Zeichen gesetzt. Dafür gab es bei der Fachtagung einen mit 10.000 Euro dotierten Preis für eines der drei besten Best-Practice-Beispiele.

Landrat Prof. Dr. Christian Dusch machte deutlich: „Gewaltexzesse gegen Staatsdiener, wie etwa gegen den Mannheimer Polizisten Rouven Laur, dürfen wir als Gesellschaft niemals hinnehmen. Daher halte ich es für ein richtiges und wichtiges Signal, dass sich dem Thema Gewalt gegen Bedienstete im Öffentlichen Dienst nun verstärkt angenommen wird.“

Im Zuge seiner gestarteten Gewaltpräventionskampagne hat das Landratsamt unter dem Motto „Gerne im Dienst? Mit Sicherheit!“ mehrere Kurzvideos gedreht, die auf die Problematik aufmerksam machen und aktiv für mehr Respekt und Sicherheit im Berufsalltag sorgen sollen. Neben der Öffentlichkeitsarbeit trifft die Kreisbehörde aber auch Sicherheitsvorkehrungen: So wird der Eingangsbereich umgebaut, damit eine Einlasskontrolle erfolgen kann, zudem hat sie bereits in Notrufsysteme in Büroräumen investiert.



Preisverleihung in Stuttgart: (von links) Markus Higel (UKBW), Sarah Hoppe und Iris Mezger (Landratsamt Rastatt) sowie Innenminister Thomas Strobl.  
Foto: Sebastian Weindel

12

13

## Deponie „Hintere Dollert“

Nach drei Jahren intensiver Tätigkeit schloss die Begleitkommission am 30. September 2024 ihre Arbeit ab. Der Abfallwirtschaftsbetrieb (AWB) des Landkreises Rastatt und die Bürgerinitiative (BI) Gaggenau-Oberweier stellten im Anschluss ihr gemeinsames Monitoring-Programm vor.

Ein großer Schritt. Denn zunächst standen die Zeichen auf Sturm. Als 2020 der Öffentlichkeit eine Machbarkeitsstudie zur Überplanung der Deponie „Hintere Dollert“ vorgestellt wurde, hatte dies zu massiven Protesten in Gaggenau-Oberweier und zur Gründung der BI Gaggenau-Oberweier geführt.

Eine echte Herausforderung für den damals noch ganz neuen Landrat Prof. Dr. Christian Dusch, der – kaum im Amt – das hochbrisante Thema zur Chefsache erklärte. Eile war geboten. Denn die Stilllegung der Deponie „Hintere Dollert“ wurde bereits im September 2022 nach Beschluss des Betriebsausschusses beim Regierungspräsidium Karlsruhe angezeigt. In Folge der Stilllegung wurden die noch offenen, nicht abgedichteten Deponiebereiche bis März 2024 mit einer temporären Zwischenabdeckung versehen. Hierfür wurden die betroffenen Deponiebereiche auf einer Fläche von zirka vier Hektar mit Inertmaterial profiliert und mit einer 1,5 mm starken, witterungsbeständigen HDPE-Folie abgedeckt.

Des Weiteren wurde durch den Betriebsausschuss des Abfallwirtschaftsbetriebes der Beschluss gefasst, die Deponie „Hintere Dollert“ schnellst-



Deponie „Hintere Dollert“: Temporäre Zwischenabdeckung der betroffenen Deponiebereiche.  
Foto: Benjamin Wedewart

möglich stillzulegen und somit auf die Verfüllung des Restvolumens (zirka 30.000 cbm) auf der Deponie zu verzichten.

Der Landrat sorgte dafür, dass der Betriebsausschuss des Kreistages eine Begleitkommission installierte. Beratend gehörten ihr neben einem Vertreter oder einer Vertreterin aus jeder im Kreistag vertretenen Fraktion auch ein Vertreter der BI Gaggenau-Oberweier an. Diese Kommission begleitete drei Jahre lang intensiv die Tätigkeit und die umfangreichen Untersuchungen des beauftragten Ingenieurbüros Ingenium Grey GmbH. Dadurch erhöhte sich der Wissensstand rund um die Deponie deutlich.

So konnten Schritt für Schritt Lösungen gefunden werden. Die Rückführung des Sickerwasserkonzentrates im Bereich der Zentraldeponie wurde eingestellt. Dadurch kam es zu einer Reduzierung des Schadstoffgehaltes im Deponiekörper sowie zur Verbesserung der Standsicherheit der Zentraldeponie.

Ein umfangreiches Untersuchungsprogramm im Bereich der Übergangsdeponien und der Zentraldeponie wurde auf den Weg gebracht und umgesetzt. Unter anderem wurde das vorhandene Messprogramm um zahlreiche Parameter erweitert, zusätzliche Baggerschürfe und Bohrungen durchgeführt und fünf neue Grundwassermessstellen eingerichtet.

Die neuen Untersuchungsergebnisse belegen, dass im Untergrund im gesamten Deponiebereich keine natürliche geologische Barriere vorhanden ist, dass das Grundwasser im Abstrombereich durch die Deponie belastet ist und dass die Auslöseschwellenwerte neu festzulegen sind. Andererseits konnte durch die neuen Erkenntnisse aber auch festgestellt werden, dass keine akute Gefährdungslage besteht, die aktuell zusätzliche Sicherungs- und Sanierungsmaßnahmen, insbesondere an dem Altdeponieteil, erfordert.

Das derzeit laufende, sehr umfangreiche Untersuchungsprogramm wird in einem festgelegten Fahrplan bis Ende 2025 durchgeführt. Außerdem wird aufgrund der dann vorliegenden Ergebnisse das Monitoring-Programm unter Einbindung der BI und in Abstimmung mit dem Regierungspräsidium als zuständiger Aufsichtsbehörde Anfang 2026 erstmals und dann jährlich angepasst. Ebenfalls wird bis Mitte 2026 – ebenfalls unter Einbindung der BI – entschieden, ob und in welcher Form ein Grundwassermodell erstellt wird.

Die Deponie „Hintere Dollert“ ist ein gutes Beispiel dafür, dass man auch trotz vieler kontrovers geführter Diskussionen zu einem verantwortungsvollen Ergebnis kommen kann, wenn alle Beteiligten offen aufeinander zugehen. So funktioniert eine lösungsorientierte Bürgerbeteiligung und damit letztlich Demokratie.

## Das Landarzt-Stipendium kommt

Eine faktische Unterversorgung auf dem Sektor Arztpraxen im Landkreis besteht zwar noch nicht. Doch die Zukunft könnte düster aussehen. Dabei betrifft der zunehmende Mangel an Hausärzten besonders die kommunale Ebene. In Baden-Württemberg fehlen rund 1.000 Hausärzte und etwa 3.000 waren im Jahr 2024 bereits über 60 Jahre alt. Wenn sie in den nächsten fünf bis zehn Jahren in den Ruhestand gehen, heißt es rechtzeitig die Weichen zu stellen.

Auch wenn die Kassenärztliche Vereinigung für die ambulante medizinische Versorgung zuständig ist, rückt das Thema bei Städten, Gemeinden und Landkreis immer mehr in den Fokus.

Der Landkreis Rastatt will dem zu erwartenden Ärztemangel mit einer kreativen Offerte namens Landarzt-Stipendium entgegenwirken. In den Genuss dieses finanziellen Anreizes können bis zu fünf Medizinstudenten mit regionalem Bezug gelangen, die eine Facharzt-Weiterbildung in Allgemeinmedizin anstreben. Der unbedingte Wunsch lautet, dass die Stipendiaten bereits einen Teil ihres Studiums im Landkreis absolvieren. Diese Win-Win-Vereinbarung sieht vor, dass es im Gegenzug über den Zeitraum von maximal vier Jahren eine monatliche Förderung in Höhe von 500 Euro gibt.

Ein Gremium aus Vertretern der Landkreisverwaltung, der Kreisärzteschaft und des Klinikums Mittelbaden prüft die Bewerbungen und führt Auswahlgespräche durch. Die endgültige Entscheidung trifft der Ausschuss für soziale Angelegenheiten. Die Geschäftsstelle der Kommunalen Gesundheitskonferenz (KGGK) übernimmt die Verwaltung des Stipendiums.

Zusätzlich zum Stipendienprogramm arbeitet der Landkreis eng mit dem Weiterbildungsverbund Allgemeinmedizin Mittelbaden zusammen, um eine Vernetzung von Weiterbildungsassistenten zu fördern. Diese Vernetzung soll die spätere Niederlassung im Landkreis unterstützen. Auch die Stipendiaten sollen an diesen Veranstaltungen teilnehmen, um eine frühe Bindung an die Region zu fördern.

Das Landarzt-Stipendium – Anreiz für angehende Hausärzte.

Foto: Janina Fortenbacher



## Personelle Highlights

Ein Karrieresprung gelang der Juristin Theresa Verhoeven. Ihr wurde zum 1. Juli 2024 die Leitung des Dezernats 4 Ländlicher Raum, Migration und Geoinformation im Landratsamt Rastatt übertragen. Damit gehört der fünfköpfigen Dezernatsebene nun auch eine Frau an. Zuvor war Verhoeven im Sachgebiet Recht in der Stabsstelle für Kommunales, Rechnungsprüfung und Recht tätig. Der Verantwortungsbereich der neuen Dezernentin umfasst das Amt für Flurneuordnung, Geoinformation und Vermessung, das Landwirtschaftsamt, das Amt für Migration und Integration sowie das Forstamt mit insgesamt rund 170 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.



Theresa Verhoeven  
Foto: Janina Fortenbacher

Die Juristin folgte auf den Leitenden Forstdirektor Thomas Nissen, der die Führung des Dezernats im Oktober 2022 kommissarisch übernommen hatte. Er wollte sich wieder verstärkt seinen Aufgaben in der Leitung des Forstamts widmen.

Auch Marco Zacharias gehört zu den neuen Gesichtern auf der Führungsebene. Er nahm am 1. September seine Tätigkeit als Kreisbrandmeister auf und leitet gleichzeitig das Amt für öffentliche Ordnung und Bevölkerungsschutz.

Damit trat er die Nachfolge von Heiko Schäfer an, der sich nach vielen Jahren erfolgreicher Arbeit neuen Aufgaben widmet. Zacharias war seit 2007 Einsatzbeamter bei der Feuerwehr in Baden-Baden und trägt nun als Amtsleiter die Verantwortung für rund 25 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Landrat Prof. Dr. Christian Dusch unterstreicht die Bedeutung des Kreisbrandmeisters in Zeiten zunehmender Krisen: „Extreme Wetterlagen, Stromausfälle und Waldbrände sind nur einige Beispiele, die uns vor Herausforderungen stellen werden.“ Als Kreisbrandmeister und Verantwortlicher für den Bevölkerungsschutz hat Zacharias eine zentrale Rolle in der Gefahrenabwehr des Landkreises Rastatt. Er koordiniert die Feuerwehren innerhalb des Landkreises, plant und leitet den Einsatz bei Großschadenslagen und sorgt dafür, dass die Einsatzbereitschaft jederzeit gewährleistet ist. Darüber hinaus vertritt er die Interessen der Feuerwehren auf Kreisebene und arbeitet eng mit den anderen Sicherheitsbehörden und Hilfsorganisationen zusammen.



Marco Zacharias  
Foto: Benjamin Wedewart

16

17



Landrat a. D. Jürgen Bäuerle  
*Foto: Jürgen Bäuerle*

Im Amt ist Landrat a. D. Jürgen Bäuerle zwar längst nicht mehr. Aber für einen Tag war er dort wieder sehr präsent. Er wurde im Mai mit der Ehrenmedaille des Landkreises Rastatt in Gold einschließlich einer Ehrenurkunde ausgezeichnet. Dieser Würdigung war ein einstimmiger Beschluss vorausgegangen.

Bäuerle hatte sein Amt im Landkreis Rastatt in einer Zeit der Umbrüche übernommen und mit wichtigen Weichenstellungen weiterentwickelt. Mit ruhiger Hand und Überzeugungskraft brachte er viele Projekte auf den Weg und zum Abschluss. Im Landratsamt gelang es ihm im Zuge der Verwaltungsreform im Jahr 2005, die eingegliederten staatlichen Behörden mit der Landkreisverwaltung zusammenzuführen.

In der Landkreispolitik zählt – nach zuvor jahrelangen Auseinandersetzungen – die Einrichtung der Integrierten Leitstelle im Landratsamt zu seinen großen Verdiensten. Zudem erreichte er, dass sich auch die kreisfreie Stadt Baden-Baden in diese Struktur einbinden ließ.

Mit dem gleichen Verhandlungsgeschick richtete Landrat Bäuerle gemeinsam

mit der Stadt Baden-Baden das Klinikum Mittelbaden strategisch neu aus, vernetzte die Wirtschaftsregion Mittelbaden und entwickelte den Abfallwirtschaftsbetrieb zum modernen Dienstleister.

Dass man ihn als Brückenbauer und Problemlöser schätzen gelernt hat, hängt selbstredend auch mit der Weichenstellung beim Bau des neuen Landratsamts zusammen. In diesem Zusammenhang setzte er sich für einen eigenen Sitzungssaal für den Kreistag ein.

Daneben engagierte er sich in vielen Verbänden und Organisationen. So war er beispielsweise Vorsitzender des Naturparks Schwarzwald Mitte/Nord.